WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

In Zusammenarbeit mit:
Basellandschaftliche Kantonalbank

Medienmitteilung vom 9.1.2014
Zeichen Lead: 647; Zeichen Gesamttext: 5368
Sperrfrist: 9.1.2014, 18.30 Uhr

Neujahrsapéro 2014

Traditioneller Jahresauftakt der Wirtschaftskammer Baselland

Liestal. Zum zwölften Mal haben die Wirtschaftskammer Baselland und die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) am Donnerstagabend, 9. Januar 2014, zum traditionellen Neujahrsempfang geladen. In seiner Rede plädierte BLKB-Chef Dr. Beat Oberlin für mehr gesunden Menschenverstand. Wirtschaftskammer-Präsident Andreas Schneider warnte vor KMU-gefährdenden Vorlagen wie der Mindestlohn-Initiative und der Erbschaftssteuer-Initiative. Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser betonte die Wichtigkeit von Innovationen für die Wirtschaft und kündigte einen Forderungskatalog der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) an die Regierung an.

Nur mit einer klaren Prioritäten-Setzung der Baselbieter Politik kann die Wirtschaftsoffensive vorankommen. Dies hat Wirtschaftskammer-Direktor **Christoph Buser** in seiner Rede am Neujahrsapéro der Wirtschaftskammer Baselland am Donnerstagabend im Pantheon in Muttenz zum Ausdruck gebracht. Vor den rund 500 anwesenden Gästen bezeichnete Buser aber die Tatsache, dass die Regierung die Wirtschaftsoffensive zur Chefsache erklärt hat, als positiv. Das komme gut an. Vor allem in der Wirtschaft sei dies ein Imagegewinn für den Kanton Baselland.

In seiner Rede betonte Buser die zentrale Bedeutung des Themas Innovation für die Wirtschaft. Als positives Beispiel nannte er das zuvor von Beat Oberlin angekündigte Projekt SwissUpStart der Partner BLKB, Wirtschaftskammer und Fachhochschule Nordwestschweiz. Das Projekt sei aufgebaut nach dem Vorbild eines erfolgreichen Programms in Boston und bringe Geschäftsideen und Nachfolgeplanungen mit einem ganzheitlichen Konzept zum Erfolg. Ein Teil des Programms sei ein Wettbewerb, der bewusst offen gestaltet sei, also keineswegs an den Kantonsgrenzen halt mache. «Das Programm soll Magnetwirkung über die Kantonsgrenze von Baselland hinaus entfalten und so Teil der Wirtschaftsförderung des Kantons sein», sagte Buser.

Als weitere positive Praxisbeispiele dafür, wie die Innovationsförderung im Kleinen vorangetrieben werden kann, nannte der Wirtschaftskammer-Direktor die gemeinsamen

Studiengänge an der Fachhochschule, sogenannte CAS (Certificate of Advanced Studies), zu den Themen «Innovationsmanagement» und «Unternehmensführung KMU». Wenn er in diese Kurse hineinschaue, sei er jeweils begeistert von der positiven Grundhaltung und der Aufbruchsstimmung bei den Kursabsolventen, die klare Prioritäten setzen und nicht nur an ihr Vorhaben glauben, sondern auch bereit sind, ihre Geschäftsidee mit Nachdruck zu verfolgen und etwas dafür zu tun.

Eine klare Prioritätensetzung forderte der Wirtschaftskammer-Direktor auch von der Politik. Die Tatsache, dass die Regierung die Wirtschaftsoffensive zur Chefsache erklärt habe, sei zu begrüssen. Diese Ankündigung könne aber auch zum Bumerang werden, dann nämlich, wenn der Eindruck bestehen bleibe, dass alles nur zähflüssig und kompliziert voran geht, so Buser. Oftmals hapere es bereits bei alltäglichen Dingen.

In diesem Zusammenhang kam Buser auf das Thema Grossbaustellen rund um Sanierungen von Hauptstrassen in Gewerbegebieten und Dorfzentren zu sprechen. Sie seien im Baselbiet aus Gewerbesicht «kein Ruhmesblatt». Darum haben die Präsidentinnen und Präsidenten der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) laut Buser einen Forderungskatalog zum Thema Baustellen in Einkaufs- und Gewerbezonen formuliert. Gefordert wird unter anderem eine frühzeitige Kontaktaufnahme der Behörden mit dem lokalen Gewerbe, eine Vorbesprechung von heiklen Bau-Phasen oder eine Anhörung hinsichtlich des Zeitpunkts des Bau- oder Sanierungsprojekts. Insgesamt seien es zehn konkrete Forderungen. Der Forderungskatalog der KGIV werde demnächst veröffentlicht und dem Kanton überreicht, sagte Buser.

Zuvor hatte **Dr. Beat Oberlin**, Präsident der Geschäftsleitung der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB), für mehr gesunden Menschenverstand plädiert. Dabei bezog er sich auf die verschärfte Bankenregulierung: «Es werden Regeln aufgestellt, die nicht differenzieren, sondern alles und alle über einen Kamm scheren», so Oberlin. Die BLKB müsse immer mehr Ressourcen bereitstellen, um den neuen Regulierungen gerecht zu werden. So sei es ein grosser personeller und finanzieller Aufwand, den US-Behörden darzulegen, dass die BLKB eine lokale Bank ist, die kein Interesse daran hatte und hat, US-Bürgern bei der Umgehung von Steuervorschriften behilflich zu sein. «Dass wir keine Unterlagen in englischer Sprache anzubieten hatten, reicht selbstverständlich nicht aus», so Oberlin. In seiner Rede ging der BLKB-Chef auch auf das 150-Jahr-Jubiläum ein, das die BLKB 2014 feiert.

Zu diesem Jubiläum gratulierte Wirtschaftskammer-Präsident **Andreas Schneider** speziell. Die Bank erweise sich immer

wieder als eine starke und verlässliche Partnerin der KMU-Wirtschaft. Im Weiteren warnte Schneider vor KMU-gefährdenden Vorlagen. Als Beispiel nannte er die Mindestlohn-Initiative und die Erbschaftssteuer-Initiative.

Am traditionellen Neujahrsapéro der Wirtschaftskammer Baselland fanden sich am Donnerstagabend rund 500 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Zum zweiten Mal hat der Baselbieter KMU-Dachverband ins Pantheon nach Muttenz geladen. Erneut fand der Traditionsanlass zusammen mit der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) statt.

Vor dem Neujahrsapéro hielt der Wirtschaftsrat seine erste Sitzung im neuen Jahr ab. Dabei folgte er den Anträgen des Zentralvorstands und fasste für den eidgenössischen Urnengang vom kommenden 9. Februar die folgenden Parolen:

- *NEIN-Parole zum Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative) «Für den öffentlichen Verkehr»,*
- *KEINE Parole zur Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»,*
- *NEIN-Parole zur Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung».*

Auch bei der Parole für die ebenfalls am 9. Februar anstehende kantonale Formulierte Verfassungsinitiative vom 10. August 2012 «Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus» folgte der Wirtschaftsrat dem Antrag des Zentralvorstands. Er fasste die JA-Parole und bewilligte zuhanden des Abstimmungskampfs 30'000 Franken aus dem Aktionsfonds der Baselbieter KMU.

Kontakte

Andreas Schneider
Präsident Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 079 674 31 21

Landrat Christoph Buser
Direktor
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 076 324 98 33

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46

Christoph Loeb
Basellandschaftliche Kantonalbank
Leiter Stab
Telefon 061 925 92 32